

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 6. Februar 2014**

Allgemein wurde auch in der Vergangenheit davon ausgegangen, dass Beiträge zur Zukunftssicherung der Arbeitnehmer Barlohn sind. Deshalb ergeben sich durch das klarstellende BMF-Schreiben vom 10. Oktober 2013 (BStBl I S. 1301) grundsätzlich keine Auswirkungen auf die betriebliche Krankenzusatzversicherung.

57. Abgeordnete
**Corinna
Rüffer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Haushaltsjahr wird die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD als prioritäre Maßnahme aufgeführt, mit der Entlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe im Umfang von 1 Mrd. Euro jährlich beginnen, und werden diese Ausgaben in den Haushaltsentwurf 2014 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 eingestellt?
58. Abgeordnete
**Corinna
Rüffer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung den Kommunen die Entlastung in Höhe von 1 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, und in welcher Form wird die Bundesregierung die kommunale Entlastung in Höhe von 5 Mrd. Euro in ihre mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 einstellen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter
vom 31. Januar 2014**

Die Fragen 57 und 58 werden im Zusammenhang beantwortet.

Grundlage und Leitlinie für das Regierungshandeln ist der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, in dem auch Aussagen zur finanziellen Entlastung von Gemeinden, Städten und Landkreisen in Deutschland von den Kosten der Eingliederungshilfe enthalten sind. Der zweite Regierungsentwurf für den Haushalt 2014 sowie die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 werden am 12. März 2014 vom Bundeskabinett beschlossen. Bis dahin läuft dazu die regierungsinterne Abstimmung.

59. Abgeordnete
**Corinna
Rüffer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist aus Sicht der Bundesregierung der frühestmögliche Zeitpunkt, zu dem sie dem Deutschen Bundestag einen Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz bzw. Bundesleistungsgesetz vorlegen könnte, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Kommunen erst nach der nächsten Bundestagswahl in Höhe

von 5 Mrd. Euro entlastet werden, obwohl der Koalitionsvertrag eine Entlastung in diesem Umfang nach Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes noch in dieser Legislaturperiode nahelegt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 31. Januar 2014

Für die Bundesregierung ist die Aussage des Koalitionsvertrages maßgeblich, wonach die Absicht besteht, in der 18. Legislaturperiode ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) zu erarbeiten. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 57 und 58 verwiesen.

60. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Entspricht es der Auffassung der Bundesregierung, dass die finanzielle Entlastung der Kommunen mit einer Weiterentwicklung der Leistungen für Menschen mit Behinderung entsprechend der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN – United Nations) notwendig verknüpft werden muss, und wäre eine solche Verknüpfung aus Sicht der Bundesregierung sinnvoller durch eine Erhöhung der kommunalen Beteiligung am Steueraufkommen oder durch ein Bundesteilhabegeld zu erreichen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 31. Januar 2014

Nach Auffassung der Bundesregierung muss die finanzielle Entlastung der Kommunen mit einer strukturellen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe verknüpft werden mit dem Ziel, diese zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung wird dabei im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigt. Im Koalitionsvertrag wurde auch vereinbart, die Neuorganisation der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderung so zu regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht.

61. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, neben der Ratifizierung der Intergouvernementalen Vereinbarung über den Einheitlichen Abwicklungsfonds (IGA), ähnlich wie bei der „Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank“ (Bundestagsdrucksache 17/13961), ein Zustimmungsgesetz zur „Verordnung des